

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

*Sitzungsdokument*

28. Mai 2002

RC1

B5-0320/2002 }

B5-0324/2002 }

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Monica Frassoni, Alain Lipietz, Miguel Mayol I Raynal und Camilo Nogueira Román im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Francis Wurtz, Pedro Marset Campos, Giuseppe Di Lello Finuoli, Joaquim Miranda, Armando Cossutta, Herman Schmid, Pernille Frahm und Konstantinos Alyssandrakis im Namen der GUE/NGL-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- Verts/ALE (B5-0324/2002),
- GUE/NGL (B5-0320/2002),

zu den Ergebnissen der II. Gipfeltagung EU-Lateinamerika

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen der II. Gipfeltagung EU-Lateinamerika**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Mai 2002 zum Gipfeltreffen in Madrid,
  - unter Hinweis auf den auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik im Juni 1999 verabschiedeten Aktionsplan,
  - in Kenntnis der Erklärung „Für eine Partnerschaft auf der Grundlage der Solidarität“, die mit Blick auf das zweite Gipfeltreffen von der Konferenz der Zivilgesellschaft Anfang April 2002 in Alcobendas angenommen wurde,
- A. in Erwägung des zweiten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik vom 17. und 18. Mai 2002 in Madrid sowie der im Rahmen dieses Gipfeltreffens verabschiedeten Erklärung,
- B. in Erwägung der Appelle der Gewerkschaften sowie Zehntausender Demonstranten, die in den Straßen protestierten und im Rahmen des Transatlantischen Sozialen Forums zusammentrafen, um zu fordern, dass dieses Gipfeltreffen konkret auf die großen Probleme antwortet, die durch die Anwendung des neoliberalen Modells und die damit einhergehenden repressiven Maßnahmen geschaffen werden,
- C. in dem Bedauern, dass sich die Europäische Union darauf beschränkt, den Ländern in der Region neoliberale Politiken und Freihandelsabkommen vorzuschlagen, anstatt sie dabei zu unterstützen, eine wirkliche regionale Integration – unabhängig von den Vereinigten Staaten – aufzubauen,
- D. besorgt über das Fehlen konkreter Beschlüsse im Hinblick auf den Kampf gegen die anhaltende Verschlechterung der Lage der Menschenrechte, insbesondere der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Rechte, in den meisten Ländern Lateinamerikas sowie die Diskriminierung, unter der lateinamerikanische Bürger in Europa zu leiden haben, und über das Ausbleiben von Maßnahmen, die der wachsenden Militarisierung in verschiedenen Ländern und der jüngsten Zunahme des Waffenhandels in beiden Regionen entgegenwirken,
- E. in Erwägung der zunehmenden Sanktionen und repressiven Maßnahmen, mit denen die sozialen Bewegungen konfrontiert werden, insbesondere in Kolumbien, Guatemala, Brasilien und Mexiko, wenn sie mit friedlichen Mitteln den Abbau von Ungleichheiten und den Verzicht auf Politiken fordern, die zu Armut führen,
- F. mit Bedauern feststellend, dass die Europäische Union starken Druck auf die argentinischen Regierungsstellen ausübt, damit dieses Land die Weisungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) befolgt, die in großem Umfang dazu beigetragen haben, das Land ins Elend zu stürzen, einschließlich der Übernahme der vom IWF auferlegten Maßnahmen, der

Durchführung von Strukturanpassungsmaßnahmen, der Privatisierung und Öffnung des Marktes für multinationale Unternehmen, ohne die Erfordernisse der Aufrechterhaltung eines nationalen industriellen und sozialen Gefüges zu berücksichtigen,

- G. in der Erwägung, dass die Frage der indigenen Völker und ihrer Rechte in der Debatte nicht angesprochen wurde, obwohl diese Völker in einigen Teilnehmerländern die Mehrheit der Bevölkerung stellen,
- H. mit Bedauern feststellend, dass der argentinische Kongress auf Vorschlag der Regierung das so genannte Gesetz gegen "wirtschaftliche Subversion" abgeschafft hat, mit dem die nationalen und internationalen Finanzorganisationen, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind, gerichtlich belangt werden konnten,
- I. in Erwägung der Notwendigkeit, eine gemeinsame Strategie der Ablehnung der Politik der Vereinigten Staaten zu beschließen, die die Amerikanische Freihandelszone einrichten, Kuba von den inner- und außerregionalen Handelsbeziehungen ausschließen, was durch den jüngsten *USA Patriot Act* verschärft worden ist, und den Kolumbien-Plan in offenem Widerspruch zu der von der Europäischen Union durchgeführten Entwicklungspolitik weiterverfolgen wollen,
1. bedauert, dass die Europäische Union im Madrid nicht in der Lage war, den Ländern Lateinamerikas und der Karibik eine echte strategische Partnerschaft vorzuschlagen, die auf die Verwirklichung des sozialen Friedens durch den Abbau der Ungleichheiten und die Bekämpfung der Armut, die Achtung der Minderheiten, Demokratisierung und die Stärkung der Justiz ausgerichtet ist und die sich erheblich von der Einrichtung von Freihandelszonen unterscheidet, wie sie von den Vereinigten Staaten vorgeschlagen wurden (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA), ALCA, usw.) und die mit Repression und Militarisierung einhergehen;
  2. fordert, dass die Europäische Union die Bemühungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik um politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration unterstützt; fordert, dass die Europäische Union eine wirkliche Zusammenarbeit einleitet, die auf den Transfer von Technologie, die Stärkung des öffentlichen Dienstleistungssektors und die Verwirklichung fairer Handelsbeziehungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der einzelnen Länder ausgerichtet ist;
  3. fordert die Kommission auf, ein Forum für den Dialog zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika über die jeweiligen Agrarpolitiken einzuleiten, zu dem Vertreter der Regierungen eingeladen werden müssten, aber auch Vertreter der sozialen Organisationen, der Bauernverbände und der Organisationen der Indio-Bevölkerung, um die Fragen der Beihilfen und des Dumping, der Selbstversorgung im Bereich der Nahrungsmittel und der Achtung der Rechte der Landwirte und der ländlichen Bevölkerung auf beiden Kontinenten zu erörtern;
  4. fordert, dass die Europäische Union die auf dem Sozialforum von Porto Alegre vorgeschlagenen wirtschaftlichen Alternativen berücksichtigt, insbesondere folgende Punkte: Demokratisierung der internationalen Finanz- und Handelseinrichtungen, Erlass der Auslandsverschuldung; Bekämpfung der Spekulation durch Einführung einer Steuer auf Kapitaltransaktionen und Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten durch die multinationalen Unternehmen;

5. begrüßt die Tatsache, dass die Europäische Union und die Länder Lateinamerikas ihre Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof bekräftigt haben, während die Vereinigten Staaten mitgeteilt haben, dass sie sich zurückziehen;
6. nimmt Kenntnis von der Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Chile, ist jedoch besorgt darüber, dass dieses Abkommen die Liberalisierung sensibler Sektoren wie Dienstleistungen, öffentliches Auftragswesen und Investitionen umfasst; fordert, dass ihm die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsstudie (SIA), die derzeit in der Phase der Ausarbeitung befindlich ist, übermittelt werden, damit es sie vor der Abgabe seiner Stellungnahme zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Union und Chile eingehend prüfen kann;
7. begrüßt das Scheitern des Staatsstreichs in Venezuela und bekundet seine Genugtuung über die rasche Verurteilung durch die Rio-Gruppe, beanstandet aber ganz entschieden die Mitteilung der Präsidentschaft des Europäischen Rates, die sogar noch vor der Vereidigung des Anführers des Staatsstreichs in Venezuela herausgegeben wurde und in der die aus dem Staatsstreich hervorgegangene Regierung de facto anerkannt wurde; fordert eine Darlegung der Gründe für dieses nicht hinnehmbare Verhalten seitens des Ratsvorsitzes;
8. fordert, dass die Europäische Union deutlich ihre Unterstützung für die demokratischen Institutionen in Venezuela bekundet und die Anstrengungen unterstützt, die die Regierung dieses Landes unternimmt, um die soziale Ungleichheit und die Armut abzubauen;
9. bekräftigt seine Ablehnung des Kolumbien-Plans und seiner Ausweitung durch die Regionale Anden-Initiative; fordert, dass die Europäische Union sich weiterhin um eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien und in der Andenregion bemüht, und betont dabei die Bedeutung des Kampfes gegen die Straffreiheit bei Verstößen gegen die Menschenrechte und die Bedeutung der sozialen Reformen, insbesondere der Agrarreform;
10. fordert, dass die Europäische Union ihren Kampf gegen den Drogenhandel intensiviert, indem sie den Kleinbauern echte wirtschaftliche Alternativen anbietet und den Kampf gegen Geldwäsche und Steuerparadiese verstärkt;
11. fordert, dass die Europäische Union ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Unterstützung Argentiniens ausarbeitet, wobei ergänzend Verhandlungen über den Abbau der Auslandsverschuldung auf bilateraler Ebene und innerhalb der multilateralen Organisationen hinzukommen müssen;
12. fordert, dass die Europäische Union und Lateinamerika ihre Zusammenarbeit intensivieren, damit die Verantwortlichen der Wirtschaftskrisen und des Staatsbankrotts, wie z. B. in Argentinien, notfalls vor Gericht Rechenschaft ablegen müssen;
13. begrüßt die Tatsache, dass die Europäische Union und die Länder Lateinamerikas und der Karibik ihren Widerstand gegen die von den Vereinigten Staaten angenommenen extraterritorialen Gesetze bekräftigt haben;
14. fordert, dass die Europäische Union ihren politischen Dialog mit Kuba intensiviert und ein Kooperationsabkommen mit diesem Land unterzeichnet;
15. besteht darauf, dass der Schwerpunkt auf die Rechte der Minderheiten der Indios und der

schwarzen Bevölkerung in der Region gelegt wird; fordert insbesondere, dass die mexikanische Regierung die Empfehlungen der COCOPA zu den Rechten der Indio-Bevölkerung in Mexiko befolgt;

16. betont die Notwendigkeit, die bestehenden biregionalen Abkommen, insbesondere das Abkommens mit Mexiko, daraufhin zu überarbeiten, dass den bestehenden wirtschaftlichen Unausgewogenheiten Rechnung getragen, die Menschenrechtsklausel effektiv angewandt und die parlamentarische Kontrolle und Anhörung der Bürger ermöglicht wird, fordert, dass die Menschenrechtsklausel als verbindlicher Bestandteil dahingehend überarbeitet wird, dass die Mitwirkung der Parlamente ermöglicht wird und dass die das öffentliche Interesse vertretenden Organisationen der Zivilgesellschaft beider Regionen in die entsprechende Kontrolle und Überwachung einbezogen werden;
17. fordert eine Überarbeitung der Modalitäten und der Haushaltsansätze der Kooperationsvereinbarungen, damit der Kampf gegen die Straflosigkeit und die zunehmende Militarisierung in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Büros in den jeweiligen Ländern – insbesondere im Fall Kolumbiens – in den Vordergrund gerückt wird;
18. fordert, dass das Europäische Parlament im Rahmen der Abkommen mit den Ländern Lateinamerikas ordnungsgemäß unterrichtet wird, insbesondere über die Studien zu den Auswirkungen der Abkommen auf die nachhaltige Entwicklung und die soziale Ungleichheit, und dass ihm eine Rolle bei der Überwachung der Anwendung dieser Abkommen zugewiesen wird; fordert ebenfalls, dass die gesellschaftlichen Organisationen selbst die Vertreter auswählen dürfen, die sie in die für die Überwachung der Abkommen zuständigen Instanzen entsenden;
19. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Regierungen sämtlicher Teilnehmerländer des Gipfeltreffens in Madrid zu übermitteln.